

# BERLIN

## Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

### Liebe Leserinnen und Leser!

Die Regierungskoalition wird das Urteil des Bundesverfassungsgerichts schnell umsetzen. Zur Neuberechnung der Bedarfssätze für Kinder ist allerdings Voraussetzung, dass Datenmaterial vorliegt. Das ausgewertete Datenmaterial des Statistischen Bundesamtes wird erst im September zur Verfügung stehen. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen wird deshalb in einem ersten Schritt grundsätzliche Fragen zum Verhältnis von finanzieller Leistung und Sach- und Dienstleistungen klären. Darüber hinaus wird auch zu entscheiden sein, inwieweit nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Pauschalisierungen sinnvoll und notwendig sind. Zudem muss auch der Frage nachgegangen werden, wie die unterschiedliche Umsetzung in den Bundesländern vereinheitlicht werden kann. Das Prinzip, dass Hartz IV dazu dienen soll, so schnell wie möglich wieder in Arbeit zu kommen, muss noch deutlicher werden als bisher. Die Umsetzungsfragen sind im Zusammenhang mit der Neuregelung der Verwaltungsstrukturen zu klären. Hier wird jetzt geprüft, inwieweit die SPD sowohl im Bundesrat als auch im Bundestag bereit ist, mehr für Optionskommunen zu tun.

*IFE*

*Ingrid Fischbach*

### In dieser Ausgabe

- Mandat für unseren Einsatz in Afghanistan ...S.2
- Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland ...S.3
- Gesetz zum Vertrag über die Errichtung des IT-Planungsrats ...S.3
- Attraktivität von Kurzarbeit möglichst erhalten ...S.4
- Familienunternehmer rentabler als andere Unternehmen ...S.5
- Bevölkerung vertraut der Bundeswehr ...S.5
- Ausbildungspakt trotz Krise erfolgreich ...S.6
- Rücktritt Käßmanns verlangt Respekt ...S.6



### Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074  
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de



## **Mandat für unseren Einsatz in Afghanistan**

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag über das neue Mandat für unseren Einsatz in Afghanistan entschieden. Das Mandat sieht eine Anhebung der Personalobergrenze auf 5.350 Soldaten vor, von denen 350 Soldaten als flexible Reserve vorgehalten werden. Mit dem neuen Mandat, das bis zum 28. Februar 2011 gelten soll, wird Deutschland seine Anstrengungen für den Aufbau und die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte nachhaltig erhöhen.

In der letzten Sitzungswoche hat Bundesaußenminister Westerwelle in einer Regierungserklärung noch einmal die Ziele und Schwerpunktsetzung des deutschen Engagements in Afghanistan erläutert. Dabei hat er deutlich gemacht, dass die Intensität der mit Waffengewalt ausgetragenen Auseinandersetzung mit Aufständischen und deren militärischen Organisationen die Bundesregierung zu der Bewertung führt, die Einsatzsituation von ISAF auch im Norden Afghanistans als „bewaffneten Konflikt im Sinne des humanitären Völkerrechts“ zu qualifizieren. Demnach trägt die afghanische Regierung mit Unterstützung von ISAF einen bewaffneten Konflikt mit Aufständischen (Taliban) aus. Diese Einstufung als „bewaffneter Konflikt“ ist ein wichtiges politisches Signal und dient zugleich unseren Soldaten im Einsatz zur Orientierung.

**Ingrid Fischbach:** „Für die Bundesregierung sind für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan damit die Regeln des humanitären Völkerrechts maßgebend – und nicht das deutsche Strafrecht. Aus der Neubewertung der Lage in Afghanistan ergibt sich keine Veränderung der Einsatzgrundlagen der deutschen Polizisten von Bund und Ländern. Wir begrüßen diese Positionierung der Bundesregierung.“



Auch für die politische Auseinandersetzung in den kommenden Wochen wird es wichtig sein, die Realitäten in Afghanistan klar zu benennen und unser strategisches Ziel einer „Übergabe in Verantwortung“ deutlich zu machen.“

## **Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland**

Die Bundesregierung hat uns in dieser Woche über die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft in Deutschland unterrichtet. Die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft steht seit einiger Zeit tief greifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen gegenüber. Wichtige Herausforderungen sind die zunehmende Internationalisierung der Wirtschafts- und Finanzmärkte, die verstärkte Regionalisierung der Wohnungsmärkte sowie der Klimawandel und die demografische Entwicklung in Deutschland. Um diese Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, sind integrative Handlungsansätze in der Raumordnungs-, Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik unverzichtbar. Der Bericht geht daher auch auf aktuelle Entwicklungen in diesen Politikfeldern ein.

Gerne können Sie den Bericht bei Interesse über mein Büro erhalten.

## **Gesetz zum Vertrag über die Errichtung des IT-Planungsrats**

Das Gesetz zum Vertrag über die Errichtung des IT-Planungsrats und über die Grundlagen der Zusammenarbeit beim Einsatz der Informationstechnologie in den Verwaltungen



### **Wußten Sie schon,**

...dass die Zahl der Privatsolvenzen in Deutschland im vergangenen Jahr um 8,65% gestiegen ist? Besonders betroffen seien davon 18- bis 25 Jährige. Bei ihnen stieg die Zahl der Privatsolvenzen um rund 35 Prozent gegenüber rund 9 Prozent Zuwachs für alle Altersgruppen (laut Meldung der apn vom 24.02.10)



von Bund und Ländern, mit dem die Zustimmung zum IT-Staatsvertrag erfolgt, wurde verabschiedet. Mit diesem Staatsvertrag wird der IT-Planungsrat als neues Steuerungsgremium der Kooperation von Bund und Ländern im Bereich der Informationstechnik eingerichtet.

**Ingrid Fischbach.** „Der IT-Planungsrat wird die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Fragen der Informationstechnik koordinieren, Standards festlegen, E-Government-Projekte steuern und nach Maßgabe des IT-NetzG Festlegungen für das Verbindungsnetz treffen, welches die informationstechnischen Netze von Bund und Ländern miteinander verbindet.“

## **Attraktivität von Kurzarbeit möglichst erhalten**

**Ingrid Fischbach:** „Das attraktive Instrument der Kurzarbeit hat maßgeblich dazu beigetragen, den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu dämpfen. Die Kurzarbeit wird weiterhin von den Unternehmen genutzt, um ihre Beschäftigten zu halten.“

In der christlich-liberalen Koalition haben wir bereits die Dauer des Kurzarbeiterbezugs auf 18 Monate verlängert. Die Übernahme der vollen Sozialversicherungs-Beiträge ist bislang aber bis Ende des Jahres befristet.

Da wir die Attraktivität von Kurzarbeit möglichst erhalten wollen, werden wir prüfen, ob die volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge über das Jahr 2011 ermöglicht werden kann.“



### **Spruch der Woche**

*"Das Wohl meiner Kommunen ist mir wichtiger als Steuerentlastungen, für die in Wahrheit kein Geld da ist und die nicht automatisch zu mehr Arbeitsplätzen führen. "*

**Jürgen Rüttgers**  
Nordrhein-Westfälischer  
Ministerpräsident (CDU)



## **Familienunternehmer rentabler als andere Unternehmen**

Die großen familiengeführten Unternehmen in Deutschland haben ihre finanzielle Stabilität in den vergangenen Jahren deutlich erhöht.

**Ingrid Fischbach:** „2007 konnten sie ihre Eigenkapitalquote auf 30,8 Prozent erhöhen, während die durchschnittliche Eigenkapitalquote aller Unternehmen in Deutschland bei nur rund 20 Prozent lag. Auch bei der Umsatzrentabilität lagen sie mit 3,8 Prozent deutlich über dem Durchschnitt (2,3 Prozent). Für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands leisten die großen Familienunternehmen einen enorm wichtigen Beitrag: Ihre Investitionsquote für Forschung und Entwicklung betrug 4,8 Prozent gegenüber dem Schnitt 3,9 Prozent aller Forschung und Entwicklung treibenden Unternehmen.“

Von hoher Bedeutung sind große Familienunternehmen zudem für den Arbeitsmarkt: Obwohl sie nur 0,1 Prozent aller Unternehmen in Deutschland ausmachen, sind 14 Prozent aller Beschäftigten bei ihnen tätig.

## **Bevölkerung vertraut der Bundeswehr**

Die deutschen Streitkräfte erfreuen sich in der Bevölkerung einer hoher Beliebtheit: Etwa neunzig Prozent der Bundesbürger bringen der Bundeswehr Vertrauen entgegen. Damit nimmt die Bundeswehr neben der Polizei einen Spitzenplatz ein. Die positive Einstellung gegenüber der Bundeswehr ist in allen sozialen Schichten gleichermaßen verbreitet.

**Ingrid Fischbach:** „Neun von zehn Bundesbürgern befürworten den Einsatz der Bundeswehr zur

Landesverteidigung und zur Katastrophenhilfe. Rund 77 Prozent befürworten darüber hinaus die Überwachung deutscher Küsten und Hafenanlagen zum Schutz vor terroristischen Angriffen. 71 Prozent sprechen sich für den Einsatz der Bundeswehr im Landesinneren zum Schutz von öffentlichen Gebäuden und sicherheitssensiblen Einrichtungen wie Kernkraftwerken und Chemiefabriken aus.“



## **Ausbildungspakt trotz Krise erfolgreich**

Trotz der Wirtschaftskrise ist die Lage am deutschen Ausbildungsmarkt insgesamt positiv. Zwar ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 8,2 Prozent auf 566.000 zurückgegangen, dennoch konnte jedem ausbildungswilligen und –fähigen Jugendlichen ein Angebot auf Ausbildung oder Qualifizierung gemacht werden.

## **Rücktritt Käßmanns verlangt Respekt**

Die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) ist von ihren Ämtern zurück getreten.

**Ingrid Fischbach:** „Der entschlossene Schritt, mit dem Landesbischöfin Käßmann Konsequenzen für Ihr Fehlverhalten am Samstagabend gezogen hat, verlangt Respekt. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) verliert mit Frau Käßmann eine Bischöfin, die zu Recht über die eigenen Reihen hinaus Respekt und Anerkennung verdient hat.“

Die Konsequenz, mit der Frau Käßmann für einen persönlichen Fehler einsteht, um keinen Schaden für Amt und Kirche entstehen zu lassen, ist anerkennenswert.“



### **... das Allerletzte!**

Ein Brandenburger Beamter wollte 7,99 Euro für Magnesiumtabletten erstattet bekommen! Über acht Jahre klagte er sich durch alle Instanzen, bis das Straßburger Gericht seine Klage nun endgültig abgewiesen hat mit der Bemerkung, das Beschwerderecht mißbraucht zu haben.